

Für den sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft – Vorschläge und Forderungen der DKP Saarland

Es schien, als hätte das Saarland relativ gut die erste Welle der Corona-Pandemie überstanden, nun befinden wir uns in der erwarteten zweiten Welle - mit offenem Ausgang. Innerhalb kurzer Zeit hat die Wucht der Corona-Pandemie eine weltweite destruktive Dynamik freigesetzt und die globalen Krisen offengelegt. Wie in einem Brennglas erscheinen in der Pandemie-Zeit die multiplen Krisen des Kapitalismus und ihre Auswirkungen.

In aller Schärfe zeigen sich aktuell im Saarland die seit langem bestehenden Defizite im Gesundheitswesen, im Bildungs- und Schulwesen, in der Infrastruktur und der gesamten Daseinsvorsorge. Im Fahrwasser von Corona nutzen die Unternehmensbosse die Gunst der Stunde, um Arbeitsplatz- und Sozialabbau durchzudrücken. Die IG Metall warnt davor, die Situation zu nutzen, um Produktion ins Ausland zu verlagern. Kaum ein Tag, an dem keine neuen Zahlen veröffentlicht werden, mit denen die Belegschaften eingeschüchtert und zur Kapitulation aufgefordert werden. Schäffler, Bosch, Ford, ZF, Eberspächer u. -a. – überall sollen Fakten geschaffen werden. Die Zielsetzung der Konzerne ist eindeutig – es geht darum, jetzt Tabula rasa zu machen, denn noch nie war es einfacher, die Produktion noch schlanker zu machen und erkämpfte Arbeitsrechte zumindest teilweise einzukassieren.

Im Saarland steht noch mehr auf dem Spiel. Es geht um nichts weniger als die Zukunft der Arbeit im Saarland, um die saarländischen Industrie und den damit verbundenen Arbeitsplätzen, es geht um die Zukunft des Landes.

Es bleibt völlig offen, wie dieses Spiel ausgehen wird - sowohl bei Stahl als auch beim Auto. Gerade in der Automobilindustrie wird immer stärker der Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie konstruiert, um z. B. Forderungen nach einer radikalen Verkehrswende abzuwehren. Obwohl die Entwicklung des Weltklimas und der Umweltveränderungen schon seit Jahrzehnten bekannt sind, haben das Profitstreben und die entsprechende Politik rechtzeitige Umstellungen verhindert.

Nach Krise der Montan-Monostruktur ist die saarländische Wirtschaft einseitig auf den Automobilsektor ausgerichtet worden. 44.000 Menschen sind in dieser Branche beschäftigt; jetzt rächt sich diese Abhängigkeit, insbesondere für die Beschäftigten. Allzulange wurde auf Produktion und Produkte gesetzt, die aus ökologischen Gründen nicht zukunftsfähig sind (fossile Stromerzeugung, Autoproduktion). Der einseitige sozial und ökologisch fragwürdige Ausbau der E-Mobilität wird diese Abhängigkeit nicht beseitigen. An der Eisenverhüttung mit Hilfe von Wasserstoff führt dagegen kein Weg vorbei. Jetzt ist es fünf vor Zwölf. Die Frage spitzt sich zu: Wie schnell kann genügend Strom aus erneuerbaren Energien zur Verfügung stehen, um den riesigen Energiebedarf für den sozial-ökologischen Umbau zu decken.

Die Digitalisierung, die als Heilmittel für viele Probleme gepriesen wird, dient zuallererst als Rationalisierungsinstrument. Statt die Potenziale neuer Technologien zur Erleichterung und Aufwertung von Tätigkeiten zu nutzen, erleben die Beschäftigten eine weitere deutliche Verdichtung ihrer Arbeit. Digitalisierung wird nicht genutzt, um Arbeitszeiten zu verkürzen sondern dient dazu, noch mehr Profit aus den Beschäftigten herauszupressen. Der dadurch drohende Verlust von Arbeitsplätzen (ca. 30 Prozent in der industriellen Fertigung und viele im Verwaltungsbereich) verstärkt die Ängste in der Krise weiter.

Dass es ans Eingemachte geht, haben auch die Landesregierung und die sie tragenden Parteien erkannt. Doch die Kluft zwischen Erkennen und Handeln geht angesichts der Dynamik der Entwicklung immer weiter auseinander. Probleme zeigen sich überall

Das kapitalistische Dogma und Kern des Neoliberalismus „Letztlich entscheidet der Markt“ hat in die Krise geführt und verschärft und beschleunigt sie. Wer die Deindustrialisierung wirklich verhindern, den industriellen Kern erhalten und weiter entwickeln will, muss sich von diesen neoliberalen Denk- und Handlungsweisen verabschieden. Sonst gibt es keine Lösung.

Unverkennbar ist, dass Digitalisierung und sozial-ökologischer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft weitreichende Auswirkungen auf die Arbeitswelt, auf die Anzahl der Arbeitsplätze und die Anforderung der Arbeitskraft haben wird. Ähnlich wie vor 35 Jahren, als die IG Metall den Kampf um die 35-Stunden Woche begonnen hatte, müsste jetzt um Arbeitszeitverkürzung gekämpft werden. Die aktuelle Forderung der IG Metall nach Einführung der 4-Tage Woche ist ein erster wichtiger Schritt. Notwendig wäre die Entwicklung einer gewerkschaftlichen Kampagne aller Branchen, um wirksame Fortschritte zu erreichen.

Die Herrschenden in Wirtschaft und Politik setzen zunehmend auf den Green New Deal. Dieser stellt nur eine ökonomische Seite des Umbauprozesses dar und folgt der Logik der Kapitalverwertung. Allein dieser reicht für den sozial-ökologischen Umbau nicht aus. Neue Technologien und neue Produktionsmittel müssen unter Mitbestimmung der Beschäftigten, der Betriebsräte und Gewerkschaften sozial gestaltet werden, sie gehören letztlich in die Hand der Produzenten.

Schluss mit dem Prinzip: Profit vor Arbeit und Umwelt!

Wir fordern von der Landesregierung einen „Schutzschirm für alle Arbeitsplätze“ auf Grundlage der Landesverfassung („Recht auf Arbeit“) während des ökologischen Umbaus.

Die Zeche für den nun notwendigen schnellen Umbau dürfen nicht die Beschäftigten zahlen. Die Kosten müssen von denen getragen werden, die über Jahre an der umweltschädlichen Produktion verdient haben, die privaten Konzerne, die Millionäre und Superreichen. Wir unterstützen die Forderung nach einer Sonderabgabe auf große Vermögen (Öko-Soli) und Profite! Wir erneuern die Forderung nach Einführung einer Millionärssteuer!

Wir fordern daher ein Verbot betriebsbedingter Kündigungen für alle Großbetriebe im Saarland, mindestens bis 2030. Unternehmen, die ihre Produktion und ihre Produkte im Sinne des Umwelt- und Klimaschutzes umstellen, erhalten – falls notwendig – Fördergelder für Forschung und Entwicklung. Notwendig ist die politisch unterstützte Entwicklung und Förderung eines Marktes für nachhaltig produzierte Produkte.

Wir fordern von der Landesregierung ein Handlungskonzept für den sozial-ökologischen Umbau, das die Zukunft der Arbeit – Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze und Produktion - im Saarland in den Mittelpunkt stellt.

Notwendig sind die Stärkung und der Ausbau der Mitbestimmung, die Beteiligung gesellschaftlich relevanter Organisationen wie Umwelt- und Sozialverbände und fortschrittlicher Wissenschaftler*innen und nicht zuletzt der Gewerkschaften und der Belegschaften an der Gestaltung des Umbaus.

Uns geht es nicht um die Subventionierung mit der Vergeudung von Steuermitteln für neue Profitsphären für das Finanzkapital und Superreiche. Uns geht es um die Entwicklung und die Förderung von Wirtschaftsbereichen, die die Befriedigung gesamtgesellschaftlicher Bedürfnisse als oberstes Ziel haben. Dafür muss die Wissenschaft und Forschung als Antriebsquelle entwickelt werden. Zum sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft gehört auch der

zukunftsorientierte Umbau der Sozial- und Versorgungssysteme und insbesondere des Gesundheits- und Bildungswesens.

Dafür müssen klare gesetzliche Vorgaben und Instrumente der Investitionskontrolle und -steuerung zum Einsatz kommen und das politische Handeln in Wirtschaft und Gesellschaft konsequent ausgerichtet werden.

Wir fordern von der Landesregierung nachvollziehbare Verbesserungen, damit Gesundheit und Leben aller Saarländerinnen und Saarländer wirkungsvoller geschützt werden können. Dies fordern wir nicht nur angesichts der weiteren Welle von Corona-Infektionen und nicht nur für den Gesundheitsbereich.

Wir fordern statt der Dominanz von wirtschaftlichen Interessen vor allem mehr Demokratie, in der die Menschen mitentscheiden können, wie die Corona-Krise bekämpft werden kann.

Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen und nicht der Profit!

Die zugespitzte Situation, in der sich nicht nur das Saarland befindet, zeigt dass der Kapitalismus die Krisen verursacht und die entscheidenden Fragen nicht lösen kann

Die DKP erneuert ihre Position: Wir brauchen einen radikalen Politikwechsel! Aber ohne einen Systemwechsel wird es keine gesicherte Zukunft geben!

Bezirksvorstand der DKP Saarland, 26.10.2020